



Niedersächsisches
Finanzministerium

37. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages

► TOP 10-15

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007 - HG 2007 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung – LT-Drs. 15/3100

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – LT-Drs. 15/3362

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP – LT-Drs. 15/3140

Steuer Mehreinnahmen der Jahre 2006 und 2007 durch Nachtragshaushalt und Ergänzungsvorlage berücksichtigen - Budgetrecht des Parlaments nicht missachten

Antrag der Fraktion der SPD – LT-Drs. 15/3302

Programm für ein familien- und kinderfreundliches Niedersachsen - Bildungs- und Betreuungsangebote der Kindertagesstätten ausbauen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – LT-Drs. 15/2920

Sportstätten jetzt sanieren - Für ein 100-Millionen-Euro-Sportstättenanierungsprogramm 2007 bis 2016

Antrag der Fraktion der SPD – LT-Drs. 15/3262

Vorrang für Bildung, Verschuldung begrenzen und Klima verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – LT-Drs. 15/3363

Rede des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring

am 06. Dezember 2006 im Niedersächsischen Landtag

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

bereits bei der Einbringung des HPE 2007 im Septemberplenum habe ich die wichtigsten Rahmendaten erläutert.

I. Haushaltseckdaten

In aller Kürze noch einmal die wesentlichen Eckdaten:

1. Das Haushaltsvolumen beträgt 23,608 Milliarden Euro (Mrd. €).
2. Die Einnahmen aus Steuern, LFA und BEZ sind mit 16,375 Mrd. € veranschlagt.

3. Die veranschlagte NKA beläuft sich nur noch auf 1,3 Mrd. €, deutlich weniger als die Hälfte gegenüber dem Zeitpunkt der Regierungsübernahme durch die jetzige Landesregierung.

II. Konsolidierungserfolge

Der HPE 2007 profitiert – neben höheren Steuereinnahmen, auf die ich noch zu sprechen komme – in hohem Maße von unseren Konsolidierungsmaßnahmen. Wie ich bereits bei der Einbringung des HPE 2007 dargestellt habe, haben wir ein nachhaltiges Konsolidierungsvolumen von 1,71 Mrd. € erreicht. Allein die Verwaltungsreform erbringt in 2007 eine Nettoeinsparung von 226,6 Millionen Euro (Mio. €). Mehr als die Hälfte der 6.743 Stellen aus der Zielvereinbarung II (ZV II) sind bereits mit dem Haushaltsplanentwurf 2007 in Abgang gestellt.

Das Konsolidierungspotenzial wächst kontinuierlich an und ermöglicht so von Jahr zu Jahr höhere Haushaltsentlastungen.

Insgesamt wird das dauerhafte Entlastungsvolumen bis 2010 durch die seit dem Jahr 2003 gefassten Konsolidierungsbeschlüsse auf knapp 2 Mrd. € jährlich ansteigen, was etwa 8 % des Haushaltsvolumens entspricht. Das ist ein beeindruckender Erfolg.

Der HPE 2007 wurde nach den negativen Erfahrungen früherer Jahre sehr zurückhaltend und vorsichtig auf Basis der Maisteuerschätzung und der allgemeinen Einnahmeentwicklung bis Mitte 2006 aufgestellt. Ich darf daran erinnern, dass es Mitte des Jahres noch nicht so rosig aussah. Wir hatten im Mai 2006 noch keine Steuermehreinnahmen realisiert.

Das Einnahme-Ist lag sogar noch unter den vergleichbaren Ergebnissen des Jahres 2005.

Seitdem haben sich nun erfreulicherweise einige positive Veränderungen ergeben, die sich auch im Änderungsantrag der Regierungsfractionen zum HPE 2007 niederschlagen.

III. Änderungsantrag der Fraktionen

Die Einzelheiten zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen zum HPE 2007 der Landesregierung haben Ihnen die Abgeordneten Rösler und McAllister dargestellt. Ich möchte dazu nur ganz allgemein anmerken: Durch Steuermehreinnahmen und Umschichtungen im Haushalt konnten die politischen Schwerpunktsetzungen der Regierungskoalition gegenfinanziert werden. Die Schwerpunktsetzungen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Innere Sicherheit, Justiz, Wirtschaft und Soziales entsprechen genau den Schwerpunkten für die diese Landesregierung steht. Es sind gute und sinnvolle Maßnahmen, die sich in das Gesamtgefüge der Haushaltskonsolidierung einordnen. Von den Steuermehreinnahmen, die uns im Jahr 2007 nach der

Steuerschätzung zur Verfügung stehen – ich komme später darauf zurück –, wollen die Regierungsfractionen lediglich 59 Mio. € für zusätzliche Maßnahmen einsetzen, wie sich aus dem eingebrachten Änderungsantrag ergibt. Der Großteil – 260 Mio. € – der Mehreinnahmen fließt über die Verbundabrechnungen den Kommunen zu. 75 % der verbleibenden Mehreinnahmen – also 150 Mio. € – werden für die Absenkung der NKA eingesetzt.

Mein Dank gilt den Fraktionen. Absenken der NKA ist der richtige Weg, denn Schulden, die erst gar nicht gemacht werden, müssen in der Folge nicht mit Zinsen bedient werden und müssen nicht getilgt werden.

Ein Baustein für die Aufstellung des HPE 2007 war und ist auch die Abwicklung von Beschlüssen aus vorherigen Haushaltsaufstellungsverfahren.

IV. Abarbeitung von Beschlüssen aus vergangenen Aufstellungsverfahren

Über das Ergebnis des LTS-Forderungsverkaufs habe ich Sie bereits im Novemberplenium unterrichtet. Mein Haus hat dieses für den Landeshaushalt wichtige Projekt zeitgerecht und professionell abgewickelt. Das erzielte Ergebnis liegt in einer Größenordnung, die wir so nicht erwarten konnten. Der Verkauf mit einem Gesamterlös von etwas über 960 Mio. € ist für das Land wirtschaftlich. Wir konnten damit einen Erlös erzielen, der höher als der im Haushalt veranschlagte Betrag von 948 Mio. € lag und sogar den Barwert überstieg.

Ein sehr befriedigendes Ergebnis.

Auf der Agenda der Landesregierung steht derzeit noch die Umsetzung des beschlossenen Verkaufs der Landeskrankenhäuser. Es handelt sich hierbei um ein äußerst komplexes Vorhaben, das in der Abarbeitung – wie Ihnen allen bekannt ist – höchste Sensibilität erfordert. Wir werden den Verkauf daher mit der nötigen Ruhe und Sorgfalt, aber dennoch termingerecht abwickeln.

V. Steuereinnahmentwicklung

Bereits zu Beginn des 2. Halbjahres der Einbringung des HPE 2007 zeichnete sich langsam eine stärkere wirtschaftliche Dynamik und ihr folgend eine positive Einnahmentwicklung ab. Dem haben wir und Sie im Nachtrag 2006 Rechnung getragen. Dieser Trend hat sich in den letzten Monaten erfreulicherweise verstärkt, so dass der Arbeitskreis Steuerschätzung im November die Prognosen erneut erhöht hat.

Danach kann Niedersachsen im laufenden Jahr mit Steuermehreinnahmen von 676 Mio. € gegenüber dem Ansatz im Nachtragshaushalt 2006 rechnen. Die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen steigen damit 2006 auf 15,722 Mrd. €.

Für 2007 werden Einnahmesteigerungen in Höhe von 487 Mio. € gegenüber dem Haushaltsplanentwurf prognostiziert, so dass sich die Einnahmen voraussichtlich auf 16,375 Mrd. € belaufen werden.

Die Regierungsfractionen und die Landesregierung wollen diese Mehreinnahmen nutzen – der Kollege McAllister hat es soeben erläutert –, um die Neuverschuldung im kommenden Jahr nicht nur zum 4. Mal hintereinander um 350 Mio. € zu reduzieren, sondern nunmehr um 500 Mio. €. Das nenne ich konsequente Konsolidierung.

Der Löwenanteil der für 2007 erwarteten Mehreinnahmen des Landes wird den Kommunen zu Gute kommen. Die Kommunen partizipieren im kommenden Jahr nicht nur für 2007 über den kommunalen Finanzausgleich an den Steuermehreinnahmen, sondern auch über eine Nachzahlung für 2006 im Rahmen der Steuerverbundabrechnung. Dadurch werden sie im Jahr 2007 rd. 476 Mio. € mehr erhalten als 2006. Das entspricht einem Mehr von 20 %!

VI. SPD-Änderungsantrag

In Ihrem Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf (HPE) 2007 verkünden Sie, dass Sie die Nettokreditaufnahme (NKA) 2006 um 551 Mio. € und 2007 um 350 Mio. €, zusammen also 901 Mio. € absenken wollen, während die Regierung die NKA in diesem Zeitraum lediglich um 500 Mio. € zurückführen will. Für das fast abgeschlossene Haushaltsjahr 2006 bedeutet dies eine öffentlichkeitswirksame knackige Absenkung der NKA.

Das klingt zunächst ganz hübsch, aber das ist inhaltlich ohne jeden Gehalt!

Von der Kreditermächtigung für das Jahr 2006 wurden bis Ende November lediglich 400 Mio. € valutiert. Das tatsächliche Ergebnis bleibt der Jahresrechnung vorbehalten, aber ich gehe davon aus, dass die nicht valutierte Kreditermächtigung sogar deutlich höher als 551 Mio. € liegen wird. Ihre knackige Ankündigung ist nur eine leere Hülse.

Im Jahr 2007 zeigen sie dann wieder Ihr altbekanntes Gesicht. Ihr Antrag sieht eine Absenkung der NKA um lediglich 350 Mio. €, gegenüber unseren 500 Mio. €, vor. Die Differenz von 150 Mio. € wollen Sie wahlwerbewirksam verbraten. Sie erwecken den Anschein, dass im Jahr 2007 Geld vorhanden sei, das es zu verteilen gilt. Das ist nicht der Fall!

In der Sichtweise des Privatlebens hat Niedersachsen seinen Dispokredit überzogen. Die Steuermehreinnahmen reichen aus, ausnahmsweise einmal eine weitere Überziehung für die Bezahlung der Zinsen zu reduzieren.

Und was wollen Sie? Das Geld ausgeben und die Zinsen weiter über Kredite finanzieren.

VII. Änderungsantrag der Grünen

Ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, dass Sie einen Großteil von den Regierungsfractionen in Ihren Änderungsantrag übernehmen und diesen damit gut heißen. Ich möchte auf zwei Punkte des Änderungsantrages besonders eingehen.

Sie fordern die Umwandlung des Wirtschaftsförderfonds in einen Klimainnovationsfonds.

Die Mittel des Wirtschaftsförderfonds werden schwerpunktmäßig zur Innovationsförderung, aber auch zur Entwicklung und Anwendung neuer Technologien, für die Mittelstandsförderung, zur Medienförderung und zur Tourismusförderung eingesetzt. Der Wirtschaftsförderfond ist das zentrale Umsetzungsinstrument für die technologiepolitische Konzeption der Landesregierung. Die Förderaktivitäten werden auf strategisch wichtige Technologiefelder konzentriert. Die alleinige Fokussierung auf Klimaschutzmaßnahmen greift zu kurz. Für die niedersächsische Wirtschaft wichtige andere Bereiche würden damit auf der Strecke bleiben.

Ich weise darauf hin, dass aus dem Wirtschaftsförderfonds u. a. die Brennstoffzellentechnologie gefördert wird und mit Kap. 5084 (Wirtschaftsförderfonds Niedersachsen – Ökologischer Bereich) ein eigenes Kapitel mit Ausrichtung auf die Umwelt geschaffen wurde.

Zum geforderten Verkauf der Flughafen-Lagenhagen GmbH: Vom Stammkapital der Flughafen Hannover-Langenhagen GmbH hält das Land Niedersachsen über die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH 35 %.

Eine Veräußerung dieser Anteile ist gemäß § 4 des Gesellschaftsvertrages an die Zustimmung aller Gesellschafter gekoppelt. Hannover – rot-grün bestimmt – hat einen Verkauf der Landesanteile abgelehnt. Sie beantragen also etwas, was Sie als Grüne in Hannover verhindern.

Hinzu kommt, dass das Land lediglich einen Minderheitenanteil von 35 % verkaufen könnte. Ein angemessener Kaufpreis ist hierfür nicht erzielbar. Ein Verkaufserlös von 100 Mio. € für den Minderheitenanteil des Landes ist völlig unrealistisch.

Zum Antrag der Grünen „Vorrang für Bildung, Verschuldung begrenzen und Klima verbessern“:
Sie wissen, wir stellen im Bildungsbereich erhebliche Mittel zur Verfügung.

- 400 neue Lehrer.
- 25 Mio. €-Programm der Landesregierung für die Verbesserung der frühkindlichen Erziehung.
- Ansatzserhöhung für die Ganztagsbetreuung in Höhe von 4 Mio. € für die Ausbringung von rd. 90 neuen Lehrerstellen.

Sie sollten wissen, dass bei der derzeitigen Haushaltslage nicht mehr möglich ist.

In Ihrem Antrag bleiben Sie realistische Gegenfinanzierungsvorschläge schuldig, so dass – wie so häufig – nur eine Finanzierung über neue Schulden möglich wäre.

Wie dies mit dem zweiten Punkt Ihres Antrags „Schulden abbauen“ vereinbar sein soll, erschließt sich mir nicht. Gleiches gilt für Ihren Antrag „Programm für ein familien- und kinderfreundliches Niedersachsen“.

Angesichts der Tendenz, die sich aus diesen Anträgen ergibt, möchte ich einen Blick in die Zukunft wagen.

VIII. Künftige Entwicklung

Anrede,

ohne pessimistisch wirken zu wollen. Ich muss Wasser in den Wein der Euphorie von Steuermehreinnahmen und positiver konjunktureller Entwicklung gießen. Ähnliche Situationen gab es schon früher. Die Steuereinnahmen entwickelten sich besser als angenommen und die Konjunktur zog spürbar an. Aber schon was das Jahr 2007 angeht sind sich die Prognostiker nicht einig. Es bestehen überall große Schwierigkeiten bei der Einschätzung des derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwungs.

Ist dieser dauerhaft?

Niemand kann das mit Gewissheit sagen.

Wir haben es im Jahr 2000 – es ist gar nicht so lange her – schon einmal erlebt. Wir hatten eine ähnliche Situation wie heute mit positiven konjunkturellen Aussichten und sprudelnden Steuereinnahmen, aber die positive wirtschaftliche Entwicklung endete abrupt. Die Folgen spüren wir noch heute.

Dies zeigt uns, dass eine Sanierung des Haushalts, die lediglich auf höhere Steuereinnahmen und auf ein Wirtschaftswachstum setzt, nicht ausreicht. Es sind vielmehr weitere strukturelle Veränderungen des Haushalts erforderlich um Unwägbarkeiten der Steuer- und Konjunktorentwicklung sowie ganz allgemein den Anforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

Ich kann nicht oft genug darauf hinweisen, dass uns schon bei der Erstellung des HPE 2008 die Beseitigung eines „großen Brockens“ bevorsteht, wie sich aus der Mipla 2006 bis 2010 ablesen lässt.

IX. Handlungsbedarfe aus Mipla 2006 bis 2010 und Erhöhung durch HPE 2007

Die aktuelle Mipla weist für die Planungsjahre 2008 bis 2010 offene Beträge in Höhe von 755 / 1.041 und 1.243 Mio. € aus. Durch die Absenkung der NKA um weitere 150 Mio. € jährlich und die weiteren Beschlüsse der Regierungsfractionen, erhöhen sich die Handlungsbedarfe auf 972 / 1.259 und 1.458 Mio. €. Diese Deckungslücken zu schließen und die Nettokreditaufnahmesenkung bis zum Erreichen der Nulllinie bereits im Jahre 2011 fortzusetzen, wird die Aufgabe der nächsten Aufstellungsverfahren sein.

Trotz der positiven Entwicklung auf der Einnahmeseite kann von einer Entwarnung an der Haushaltsfront keine Rede sein. Haushaltskonsolidierung wird eine Daueraufgabe bleiben.

Hier kann ich meinem Kollegen Steinbrück nicht widersprechen, der immer wieder deutlich mahnt, die Konsolidierung der Haushalte nicht aus den Augen zu verlieren, in dem er feststellt: „Die erfreulich gute Entwicklung in diesem Jahr ist nicht der fiskalische Urknall, mit dem die Haushaltsprobleme auf einen Schlag gelöst sind. Deswegen kann es nur eine Marschrichtung geben: Auch zukünftig muss weiter konsolidiert werden.“ (HAZ vom 22.11.2006)

Das ist richtig und ich nehme mit Genugtuung zur Kenntnis, dass auch die Regierungsfractionen von CDU und FDP von dieser Notwendigkeit überzeugt sind und den Kurs der Landesregierung konsequent mittragen.

X. Nachhaltige Finanzpolitik

Zentrale Zielsetzung der Politik dieser Landesregierung ist und bleibt es, die haushaltspolitische Handlungsfähigkeit des Landes dauerhaft zu sichern, insbesondere auch mit Blick auf die kommenden Herausforderungen der demographischen Entwicklung.

In den vergangenen 40 Jahren führte die dauerhafte Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte insgesamt und des Niedersächsischen Landeshaushaltes im Besonderen dazu, dass der Schuldenstand des Landes schneller wuchs als seine Einnahmen und die Wirtschaftsleistung des Landes. Dies führte zu einer zunehmenden Einschnürung der Finanzpolitik.

XI. Weitere Anforderungen der Zukunft

XI. a Berlin-Urteil und Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung II

Auch die jüngsten Entwicklungen im Bereich der Bund – Länder – Finanzbeziehungen belegen, dass die Fortsetzung des Konsolidierungskurses alternativlos ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 19. Oktober einen Anspruch Berlins auf bundesstaatliche Hilfe zur Sanierung des Landeshaushalts nachdrücklich abgelehnt. Das Gericht hat in seinem Urteil die finanzielle Eigenverantwortung der Länder betont und damit ein klares Signal gesetzt: Das bundesstaatliche Gefüge ist keine Versicherung gegen unsolide Haushaltspolitik in den Ländern.

Diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird auch maßgebliche Bedeutung für die Erörterungen zu der geplanten zweiten Stufe der Föderalismusreform haben. Im Mittelpunkt dieses Reformprojektes steht das Thema Vorbeugung und Bewältigung von Haushaltskrisen.

Ernst zu nehmende Vorschläge zielen in diesem Zusammenhang auf die Einführung eines nationalen Stabilitätspaktes ab oder sehen die Verschärfung der in Art. 115 GG enthaltenen Verschuldungsregelung und der entsprechenden Vorschriften in den Landesverfassungen vor – Stichwort „Schuldenbremse“.

Aus niedersächsischer Sicht sind hier zwei Gesichtspunkte von Bedeutung:

Zum einen besteht die reale Möglichkeit, dass sich aus dieser zweiten Stufe der Föderalismusreform in den kommenden Jahren die Notwendigkeit zusätzlicher Konsolidierungsanstrengungen ergibt. Zum anderen ist aber auch festzuhalten, dass das Land auf die Umsetzung entsprechender Reformen heute dank der erfolgreichen Konsolidierungspolitik besser vorbereitet ist als noch vor drei Jahren.

XI. b Unternehmenssteuerreform

Derzeit wird an der Reform der Unternehmensteuer gearbeitet, die zu Beginn des Jahres 2008 in Kraft treten soll. Im Januar/Februar des kommenden Jahres soll ein Referentenentwurf vorgelegt werden.

Die Zielsetzungen einer stärkeren Wachstumsorientierung des Unternehmensteuerrechts, geringerer Steuersätze, die für mehr internationale Wettbewerbsfähigkeit sorgen, sind hinlänglich bekannt und diskutiert. Hier möchte ich mich auf den Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte konzentrieren.

Nach den derzeitigen Beschlüssen werden die Maßnahmen zur Unternehmensteuerreform auf der einen Seite Entlastungen in der Größenordnung von 29 Mrd. € bringen, denen Regelungen zur Finanzierung dieser Steuererleichterungen von etwa 24 Mrd. € gegenüberstehen. Diese Zahlen verstehen sich incl. der Einführung einer Abgeltungssteuer im Jahre 2009. Es verbleibt eine Nettoentlastung von rd. 5 Mrd. €. Die geplante Nettoentlastung wird in dieser Größenordnung angepeilt für ein Jahr in dem die Maßnahmen insgesamt ihre Wirkung voll entfalten, sowohl auf der Entlastungs- wie auf der Finanzierungsseite. Ernsthaft belastbare Zahlen über die finanziellen Auswirkungen in den kommenden Jahren werden erst vorliegen, wenn die Regelungen in einen Gesetzentwurf gegossen sein werden.

Absehbar ist aber, dass zu Anfang der Wirksamkeit der Reform mit höheren Steuerausfällen gerechnet werden muss, da zunächst die finanzierenden Maßnahmen noch nicht voll wirken. Für Niedersachsen können mit der Unternehmensteuerreform zunächst Einnahmемinderungen im deutlich dreistelligen Millionenbereich verbunden sein. Dies bedeutet für die kommenden Monate, dass wir genau darauf zu achten haben, dass die Regelungen der Unternehmensteuerreform auch aktuell unsere Konsolidierungsziele nicht in Frage stellen. Die Balance zwischen langfristig erforderlicher Wachstumsorientierung und auch kurzfristig erforderlicher Defizitreduzierung ist zu halten.

XII. Ausblick Aufstellungsverfahren 2008

Anrede,

nach dem Haushalt – ich greife hier etwas vor – ist vor dem Haushalt. Der Haushalt 2008 wirft seinen Schatten voraus. Parallel zu der Schlussberatung des HPE 2007 beginnt das Aufstellungsverfahren für den HPE 2008.

Ich muss zu große Erwartungen an die Ausgabemöglichkeiten für den Haushalt 2008 bereits jetzt dämpfen. Wie ich Ihnen dargelegt habe, besteht kein Anlass zu übermäßigem Optimismus. Große Sprünge auf der Ausgabenseite wird diese Landesregierung nicht beschließen. Niedersachsen ist

zwar ein Land, in dem Milch und Honig fließen, aber leider nur in den Kuhställen und in der Lüneburger Heide. Hart arbeiten und „Maß halten“ lauten die Gebote der Stunde. Wer meint, sich nach den zuletzt scheinbar endlosen positiven Meldungen von Steuer- und Konjunkturprognosen im Schlaraffenland zu befinden, irrt.

Mir ist noch ein Hinweis zu dem Dauerthema „Wahlgeschenke“ für die Landtagswahl 2008 wichtig. Diese Landesregierung wird sich durch den Wähler an den zu Beginn der Wahlperiode genannten zentralen Zielsetzungen messen lassen. Das sind politische Schwerpunktsetzungen u. a. in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit, aber vor allem – und das unterstreiche ich hier noch mal nachdrücklich – Schuldenabbau und nachhaltige Konsolidierung. Soll unsere Politik glaubwürdig bleiben, bleibt für schuldenfinanzierte Wahlgeschenke kein Raum. Solange die Opposition immer noch mehr verspricht als das Land leisten kann, können derartige Vorwürfe uns nicht treffen.

XIII. Gesamtfazit

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz ein Gesamtfazit zum HPE 2007 ziehen. Zur Beratung steht ein HPE 2007, der die Politik dieser Landesregierung widerspiegelt. Wir haben uns dem Ziel der Haushaltskonsolidierung mit Haut und Haar verschrieben und setzen das um. Trotzdem verstehen es Regierung und die sie tragenden Fraktionen, politische Akzente in Bereichen zu setzen, die das Land nachhaltig voran bringen. Dieser Haushalt ist solide und steht auf einem stabilen, tragfähigen Fundament.

Ich danke Ihnen!